

Ist der Bundesrat bei der Zuwanderung auf Kurs?

Endlich hat der Bundesrat zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative kommuniziert. SP-Nationalrätin Nadine Masshardt und ihr FDP-Kollege Andrea Caroni diskutieren.

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Jetzt wissen wir, wie der Bundesrat die Masseneinwanderungs-Initiative umsetzen will. Dabei zeigt sich einmal mehr, was bereits vor der Annahme am 9. Februar 2014 klar war: Wollen wir die Personenfreizügigkeit anpassen, müssen wir uns mit der EU an einen Tisch setzen und eine gemeinsame Lösung finden. Ich bin mit dem gewählten Weg im Grundsatz einverstanden. Was findest Du?

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine

Viel Neues haben wir vom Bundesrat nicht erfahren. Das ist auch kein Wunder: Die Eckpunkte waren schon bekannt, und es bleibt die Aufgabe der Quadratur des Kreises.

Entscheidend ist einfach, dass der Bundesrat sich an den Verfassungstext hält, aber den Spielraum nützt.

Ersteres wäre nicht gewährleistet, wenn er EU-Bürger am Ende von Kontingenten befreien wollte.

Zweiteres fehlt mir namentlich bei den Kurzaufenthaltern, da hätte man grosszügiger sein können, was denkst Du?

Liebe Grüsse
Andrea

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Das grosszügige Verteilen von Kurzzeitbewilligungen sehe ich kritisch. Damit unterstützt man einen Drehtüreffekt bei Arbeitnehmenden, was zu Lohndumping führen kann.

Was mir insbesondere fehlt, sind innere Reformen. Gerade weil die Zuwanderung nun beschränkt werden soll, braucht es beispielsweise eine Bildungsoffensive für einheimisches Fachpersonal sowie eine bessere Integration von Frauen, Berufseinsteigern und Arbeitnehmenden über 50 in den Arbeitsmarkt. Ein Jahr ist vergangen und nichts ist passiert. Bist Du einverstanden, dass wir diese Hausaufgaben dringend lösen müssen?

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine

Man hätte ja die Kurzaufenthalter statt ab 4 Monaten erst ab 5-6 Monaten kontingentieren können. Das würde vielen saisonalen Branchen entscheidend helfen. Missbrauch gäbe es keinen, wenn man Wiederholungen begrenzt.

Selbstverständlich müssen wir unser eigenes Potential besser ausschöpfen, also Frauen, ältere Menschen sowie Leute ohne arbeitsmarktaugliche Ausbildung.

Mal aber grundsätzlich: Würdest Du gegen ein verfassungskonformes Gesetz mit Kontingenten und Inländervorrang das Referendum ergreifen wollen?

Liebe Grüsse
Andrea

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Wenn man gegen ein Umsetzungsgesetz das Referendum ergreifen würde, bleibt der Verfassungstext ja bestehen. Entscheidend ist nun, dass der Bundesrat mit der EU verhandelt, damit wir über konkrete Möglichkeiten diskutieren können. Sollte sich zeigen, dass eine Kontingentlösung nur möglich ist, wenn wir die Bilateralen Verträge aufgeben, so wird eine entsprechende Abstimmung nötig.

Nicht erstaunt hat mich diese Woche die Reaktion der SVP: Sie scheint mit dem Thema Zuwanderung lieber weiter Wahlkampf zu betreiben statt die eigene Initiative umzusetzen. Hast Du nicht auch diesen Eindruck?

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine

Wenn die SVP eine Kündigungs-Initiative bringt, legt sie wenigstens die Karten auf den Tisch. Vor dem 9.2. verwedelte sie ja jeweils, was die Masseneinwanderungs-Initiative letzten Endes für die Bilateralen heissen sollte.

Eins ist klar: Wir werden wieder über das Thema abstimmen, sei es über das Gesetzesreferendum, über eine Volksinitiative (z.B. "Rasa" oder eine der SVP) und oder über eine Vorlage des Bundesrats zu den institutionellen Fragen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir mittelfristig den Rank noch finden. Aber dafür muss der Souverän eines Tages wieder in sich gehen.

Liebe Grüsse
Andrea